

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 29 (1949-1950)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Betrachtet man die weltpolitische Lage um den Jahreswechsel, um ihr die Lage vor einem Jahr gegenüberzustellen, so kann gesagt werden, daß zwar keine Verbesserung, anderseits aber auch keine wesentliche Verschlechterung des Gesamtbildes eingetreten ist. Vor allem besteht heute irgendwie der Eindruck, als habe sich inzwischen auch die Erregung über die wohl wichtigste Meldung des vergangenen Jahres einigermaßen gelegt: nämlich die Tatsache, daß auch die Sowjetunion über Atomwaffen verfügt. Es scheinen bei diesem Stimmungswandel diesmal auch militärische Gründe mitzuspielen: vielerorts beginnt man sich allmählich darüber klar zu werden, daß die Atomwaffen in einem kommenden Kriege wohl eine sehr wesentliche, unter Umständen entscheidende Bedeutung haben werden, daß aber der Krieg eben doch nach wie vor mit den traditionellen Mitteln geführt werden wird.

Es kann also davon ausgegangen werden, daß die Lage gegenüber der Periode vor einem Jahr zwar natürlich nicht stabil geblieben ist, daß aber die Ausbalancierung der Gewichte zwischen den Mächtegruppen nicht gelitten, sich vielmehr doch einigermaßen bekräftigt hat. Auf die Elemente, die hier auf beiden Seiten diese Gewichte bilden, ist schon mehrfach hingewiesen worden. Der Westen bucht als Aktivposten im wesentlichen die innere Festigung unter den Auswirkungen des Marshallplans, als deren wichtigstes Merkmal die Zurückdämmung des Kommunismus in Westeuropa in Erscheinung tritt, während für den Osten die zunehmende Gleichschaltung der Satelliten und die Wendung in China aktiv gebucht werden können. Dabei ist aber auf beiden Seiten festzustellen, daß diese Aktivposten gleichzeitig gewichtige passive Elemente in sich tragen. An der westlichen Seite ist hier zu erwähnen die Ungewißheit, welche über die volle Fortführung der Marshallhilfe auch in den folgenden Jahren besteht; dazu kommen nun gewisse erneute Schwächeerscheinungen im Bereich eines der wichtigsten westlichen Werke, nämlich Frankreichs. Es besteht das Gefühl, daß in diesem Lande — im Gegensatz zu Italien — die im wesentlichen auf amerikanisches Geheiß eingeleitete anti-inflationistische Politik ohne schwere soziale und politische Erschütterungen nicht mehr weitergeführt werden kann. Gewisse Anzeichen einer Verschlechterung der Lage sind daraus zu erkennen, daß auf der einen Seite die Regierungsparteien kaum mehr weiter kommen, während anderseits verschiedene lokale Wahlen das Ende des kommunistischen Abbröckelungsprozesses, in gewissen Fällen eine Zunahme der kommunistischen Stimmen erkennen ließen. So wird denn nun vielleicht in nicht zu ferner Zeit die Stunde de Gaulles schlagen. Welche Auswirkungen ein solcher offensichtlicher Regimewechsel haben müßte, das läßt sich heute unmöglich vor-

aussagen. Vor allem fragt es sich eben, ob die kommunistischen Arbeitermassen gewillt oder überhaupt physisch in der Lage wären, gegenüber de Gaulle einen Bürgerkrieg aufzuziehen. Sicher ist nur, daß ein solcher politischer Szenenwechsel zumindest vorübergehend ein großes Durcheinander erzeugen und damit bestimmt für eine gewisse Zeit die Position des Westens schwächen müßte. Aber auch auf der östlichen Seite sind in den Aktiven verschiedene retardierende Momente enthalten. Die Satelliten folgen nur ungern, und man kann wohl als sicher annehmen, daß beim Ausbruch eines Krieges in ihrem Kreise der helle Aufruhr ausbrechen würde. Auch scheint Tito nach wie vor im Sattel zu sitzen. Anderseits sind in den gewaltigen Erfolgen der kommunistischen Bewegung in China sehr viele Unbekannte enthalten, so daß von einer klaren Erweiterung des sowjetischen Machtbereiches hier nicht ohne Vorbehalt gesprochen werden kann. So mischen sich denn auf beiden Seiten Aktiven und Passiven zu einem schwebenden Gesamtbild, und keine der beiden Parteien kann heute für sich das Übergewicht beanspruchen. Ein deutliches Spiegelbild der wirklichen Lage scheint sich uns in diesen Tagen in dem wichtigsten Bereich Europa, nämlich in Deutschland, darzubieten: denn hier besteht das Bild einer ausbalancierten Gleichgewichtslage, und die Sphären des Westens und des Ostens sind mit scharfen Strichen voneinander geschieden.

Erwähgt man nun unter diesen Gesichtspunkten die Möglichkeiten für die Zukunft, so besteht kaum Veranlassung, unbedingt eine pessimistische Prognose zu stellen. Was Europa betrifft, ist eine Störung der Gleichgewichtslage unwahrscheinlich, während freilich anderseits solche Perspektiven zweifellos bestehen, wenn der überseeische Bereich in Betracht gezogen wird. Heute sind auf diesen Spielfeldern, wo früher der koloniale Imperialismus seinen Tätigkeitsbereich fand, alle Möglichkeiten offen. Hier kommt es nun darauf an, wer bei diesem Wettlauf gewinnt. Diese Frage aber scheint heute noch keineswegs eindeutig beantwortet. Auch sind die Möglichkeiten nicht nur offen im Bereich des Fernen Ostens; sie eröffnen sich auch in ungewisser Perspektive in den Gebieten Afrikas. Dort beginnt sich die Eingeborenenschaft, die so lange unbeachtet blieb, neuerdings ernsthaft zu regen. Die Tatsache erscheint deshalb von besonderem Gewicht, weil diese Gebiete im Gesamtverteidigungsplan des Westens den Charakter einer strategischen Hauptposition erhalten sollen. Für Nordafrika, wo die Amerikaner die Entwicklung der Wirtschaft in die Hand genommen haben, ist unter den dadurch entstehenden günstigen allgemeinen Perspektiven die Gefahr wohl weniger groß. Größer ist sie zweifellos in den belgischen und britischen Kolonialgebieten und im Mandatsbereich der Südafrikanischen Union. Wie nun, wenn dort eines Tages die Saat des Kommunismus aufginge?

Jann v. Sprecher

Brief aus Washington

Es ist nicht leicht, eine Bilanz des kalten Krieges aufzustellen; und doch haben verschiedene Beobachter in Washington versucht, es trotzdem zu tun, und zwar als Mittel zur Erlangung eines Ausblicks auf die Entwicklung der Weltlage. Eine derartige Untersuchung führt kaum zu unbegrenztem Optimismus; doch sind die Ergebnisse auch nicht völlig entmutigend.

BEGINNEN WIR MIT DEM

Fernen Osten,

wo die Nachrichten aus China einen Hauptposten auf der Schuldenseite der großen Abrechnung darstellen. Die kommunistische Herrschaft über dieses alte Volk ist nicht nur an und für sich eine schwerwiegende Tatsache, sie wirkt sich auch anderswo verwirrend aus. Die psychologische Wirkung auf das ganze Gebiet Südostasiens ist unermeßlich und muß bekämpft werden. Die Wirkung auf die Beziehungen zwischen den europäischen Verbündeten muß sorgfältig behandelt werden, denn bereits sind die Vereinigten Staaten und Großbritannien geteilter Meinung in der Frage der Anerkennung des neuen Regimes von Peiping. Man erwartet, daß die Briten, denen viel daran liegt, ihre schmale wirtschaftliche Basis in China zu halten, die Anerkennung über kurz oder lang verkünden werden; auch andere Mitglieder des britischen Commonwealth werden dasselbe tun.

Die Lage in Japan erscheint als ein etwas hellerer Fleck im fernöstlichen Bild. Dort besteht unter der vollen Kontrolle der amerikanischen Besetzungsmacht ein wichtiges Bollwerk antikommunistischer Stärke, welches entwicklungsfähig ist. Man darf jetzt vielleicht infolge der Ereignisse in China auf rasche Maßnahmen in der Richtung auf einen Friedensvertrag mit Japan zählen. Es wird ein Vertrag sein, der die Japaner wirtschaftlich nicht so schwächen wird, daß sie unfähig sind, sich selber zu erhalten. Es bestehen jedoch keine Pläne, die Japaner wieder zu bewaffnen.

Auch Indonesien bietet ein freundlicheres Bild, — von Washington aus gesehen. Ohne Zweifel werden die Reibungen zwischen Holländern und Indonesiern noch geraume Zeit weiter bestehen, aber die allgemeine Entwicklung ist günstig. Was leicht in eine äußerst wirre Lage hätte ausmünden können, scheint sich nun wahrscheinlich ziemlich befriedigend zu lösen. Was sich hier zugetragen hat, ist bedeutsam wegen der Wirkung auf Indochina, Burma und Malaya.

Indien ist eine große Macht und wird in den Weltangelegenheiten eine noch größere werden. Gegenwärtig steuert es entschlossen einen mittleren Kurs; doch hat Ministerpräsident Nehru bei seinem kürzlichen Besuch in den Vereinigten Staaten keine Zweifel aufkommen lassen über den Wunsch seines Landes, enge und freundschaftliche Beziehungen herzustellen. Man kann heute nicht mehr sagen, daß Indien für die Alliierten eine Macht ist in dem Sinne, wie es vor seiner Befreiung war, aber es wird bestimmt auch nicht den Kommunismus unterstützen, und das darf schon fast als Sieg berechnet werden.

Die Lage im

Nahen Osten

hat sich in zwei Beziehungen ausgesprochen geändert: erstens wird diesem Gebiet heute strategisch bei weitem nicht mehr so viel Gewicht beigemessen als bis vor wenigen Jahren. Die Entdeckung vielversprechender Öl vorkommen in der westlichen Hemisphäre hat zur Folge, daß die amerikanischen Militärs etwas weniger Interesse zeigen für die Öl lieferungen aus dem Nahen Osten, obwohl sie das natürlich nicht öffentlich verkünden und weiterhin einen Anteil nehmen an den Ereignissen in diesem Teile der Welt. Zweitens hat sich der Staat Israel gebildet. Er wird in den Vereinigten Staaten als wirkliche und wichtige Macht in diesem Weltteil betrachtet. Man glaubt auch an die Möglichkeit, daß Israel auf seine Art so stark und unabhängig werden kann wie etwa die Schweiz in Europa, und das wäre nach hiesiger Meinung wünschenswert.

Die Stärke der Türkei und die kluge Entschlossenheit, die der Schah von Iran bei seinem Besuch in den Vereinigten Staaten gezeigt hat, sind weitere Faktoren, die hier günstig beurteilt werden.

Trotz den großen Ereignissen in anderen Teilen der Welt bleibt

Europa

der Hauptkampfplatz im kalten Krieg. Der Grund hiefür ist wahrscheinlich sehr einfach: hier schließt sich der eiserne Vorhang vor der westlichen Kultur; folglich müssen hier die größten psychologischen Kämpfe ausgetragen und gewonnen werden. Daß die Vereinigten Staaten vor allem auf diese eine Karte, die Westeuropa heißt, setzen — eine Tatsache, die der Regierung Truman viel Kritik einbringt von Seiten jener Leute, die den Standpunkt vertreten, Asien sei wichtiger —, ist in mancher Hinsicht ein «wohlberechnetes Risiko». Sollte aber Europa verloren gehen, wären die Kosten so überwältigend und anderseits ist der Nutzen möglicherweise so groß, wenn es gelingt, den europäischen Staaten zu helfen, ihre Stärke wiederzuerlangen, daß es schwierig ist, sich eine andersgeartete Politik überhaupt vorzustellen.

In Europa ist gegenwärtig die offensichtliche Stärke, die Tito in seinem kleinen kalten Krieg mit dem Kreml zeigt, die erfreulichste Tatsache. Beobachter in Washington glauben, daß die ersten sechs Monate des Jahres 1950 kritisch sein werden für die gegenwärtige Lage. Sie geben einem gemäßigten Optimismus Ausdruck hinsichtlich Titos Fähigkeit, dem Sturm zu trotzen. Wenn es dem jugoslawischen Diktator gelingt, Moskau weiterhin ungestraft eine lange Nase zu machen, wird der Prestigeverlust für die Sowjetunion bedeutend sein und könnte die Lage in den Satellitenländern weitgehend verändern. Man hat hier das Gefühl, daß die Sowjets zwar zu den schärfsten Druckmitteln gegen Tito greifen werden, daß sie vielleicht sogar Guerillabanden gegen ihn organisieren, daß sie aber vor dem letzten Mittel eines offenen Krieges halt machen werden.

Was Frankreich, Großbritannien, Italien und andere Länder betrifft, denen die Marshallhilfe zugute kommt, hat es ihnen diese Unterstützung wenigstens ermöglicht, durch die letzten, schwierigen Jahre hindurchzukommen. Ob die Wirkung bleibend sein wird und wie beständig die wirtschaftliche Genesung Europas wirklich ist, sind Fragen, auf die es keine Antwort gibt. Aber wenigstens ist die rote Flut eingedämmt worden. Wie hier schon früher berichtet wurde, ist man in den Vereinigten Staaten sehr optimistisch mit Bezug auf die Fortschritte, die in Europa in den Staaten des Atlantikpaktes erzielt werden. Beim Erscheinen dieses Artikels werden wahrscheinlich schon Beweise der konkreten Hilfe auf Grund des Waffenlieferungsprogramms vorliegen. Es darf weiter berichtet werden, daß die Truman-Regierung Pläne ausarbeitet, nach denen der Kongreß ersucht werden soll, im nächsten Jahr die Weiterführung des Waffenlieferungsprogramms zu ermöglichen, und daß die geforderte Summe eine Milliarde Dollars beträgt, das heißt etwa so viel, wie im ersten Jahr ausgegeben werden soll.

Deutschland bleibt für Europa das Zentralproblem,

um das man nicht herumkommt. Es gibt in Amerika nicht viele Menschen, die sich über das Ausmaß der bis heute durchgeföhrten Entnazifizierung Illusionen hingeben oder sich täuschen lassen durch das Gerede vom Erwachen des demokratischen Geistes in Westdeutschland. Trotzdem breitet sich das Gefühl, daß Westdeutschland in die Pläne zur Verteidigung Europas einbezogen werden sollte, mehr und mehr aus, ebenso wie die Ansicht, daß die deutsche Industrie und die deutschen Mannschaftsreserven lebenswichtige Teile sind in einem widerstandskräftigen Wall gegen einen möglichen Angriff aus dem Osten. Obwohl diese Aussichten Unbehagen erzeugen, erklären hier viele Leute, man müsse jetzt eben der Wirklichkeit ins Auge sehen und gefühlsmäßige Hemmungen und kleinliches Nörgeln über Bord werfen.

Gegenwärtig ist das amerikanische Publikum ebensowenig bereit wie das französische, einer solchen Politik zuzustimmen. Wir scheinen aber trotzdem einer zunehmenden Anerkennung eines möglichen deutschen Beitrages zur gemeinsamen Verteidigung entgegenzutreiben, es sei denn, daß sich die Lage in Europa und die Haltung der Russen grundlegend ändern würden. Das ist bestimmt richtig — trotz den in letzter Zeit von hohen amerikanischen Regierungsbeamten gemachten Feststellungen.

Die Faktoren, die zu diesem Schluß führen, sind die folgenden: 1. Gewisse Maßnahmen der Russen in Ostdeutschland erfordern einen Ausgleich in Westdeutschland. Die Westdeutschen hassen die Russen, aber sie verabscheuen noch mehr den Gedanken, gemeinsame Sache mit den Verlierern zu machen. 2. Es werden Landstreitkräfte benötigt und Deutschland ist und bleibt eine äußerst wichtige Quelle tüchtiger Kämpfer. Selbst wenn Spanien schließlich mit einbezogen werden sollte, was jetzt noch als entfernte Möglichkeit gelten muß, würde der Bedarf an deutschen Mannschaften trotzdem weiterbestehen. Woher sollten denn sonst die notwendigen Divisionen kommen? 3. Wenn die westlichen Alliierten Deutschland nicht eine Chance geben, wird das Pendel der deutschen öffentlichen Meinung unvermeidlich nach Osten ausschlagen. Schon jetzt besteht die Gefahr, daß es den Russen gelingen könnte, folgenschwere Einbrüche zu erzielen, ganz einfach deshalb, weil sie den Deutschen mehr zu bieten haben, einschließlich Rückgabe der verlorenen Gebiete in Ostdeutschland.

Wenn die Wiederbewaffnung Deutschlands kommt, darf man erwarten, daß sie streng kontrolliert wird. Vorläufige Überlegungen, die sich in dieser Richtung bewegen, tendieren auf eine deutsche Armee unter alliierter Kontrolle, vielleicht sogar mit alliierten Offizieren vom Regimentskommandanten an aufwärts. Auch die Aufstellung neuer Truppenverbände wäre in alliierten Händen, um eine möglichst genaue Kontrolle sicherzustellen. Würden sich die Deutschen an einem solchen Plan beteiligen? Man hat hier das Gefühl, sie würden es tun aus dem einfachen Grunde, weil sie sich nicht freiwillig den Russen unterwerfen wollen.

Solange eine Lösung in diesem Sinne in der Schwebe ist, bleiben die Verteidigungsaussichten Westeuropas prekär, obwohl sie sich ständig verbessern. Was heute an einsatzbereiten Erdtruppen fehlt, wird vorläufig noch wettgemacht durch die amerikanische Überlegenheit in der Luftatomkriegsführung, die, wie Winston Churchill gezeigt hat, allein die Russen davon abgehalten hat, im Laufe der letzten fünf Jahre in Aktion zu treten. So wird es auch noch einige Zeit bleiben, trotz der russischen Entdeckung des Atombombengeheimnisses.

Alle militärischen Führer der Vereinigten Staaten gehen in einem Punkte einig: Europa muß zuerst wirtschaftlich erstarken, bevor es militärisch schlagkräftig gemacht werden kann. Also müssen sowohl das «Europäische Wiederaufbauprogramm» als auch die Pläne für die wirtschaftliche Erholung Westeuropas rascher denn je der Verwirklichung entgegengetrieben werden, um den Grund zu legen, auf dem eine starke Verteidigung aufgebaut werden kann.

Man ersieht aus alledem, daß die Bilanz des kalten Krieges unausgeglichen ist bei Beginn des Jahres 1950. Wenn man sich nun überlegt, welch' entsetzliche Verluste auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet wir bis heute hätten erleiden können, dann sieht die heutige Lage fast einem Siege ähnlich. Dennoch bringt ein Blick auf das vor uns liegende Stück Weges sogleich Ernüchterung, ebenso wie die immer gegenwärtige Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes. Wir können uns nur «stärken und uns aufraffen, um unserem Pflichten Genüge zu tun», wie Churchill dem britischen Volke einst zurief — und auf ein glückliches neues Jahr hoffen.

Richard J. Davis

Brief aus Bukarest

Wer Bukarest zum letzten Mal im Kriege gesehen hat, der wird es stark verändert finden. Vor dem königlichen Palast — jetzt Sitz des Präsidiums der rumänischen Volksrepublik — in der «Calea Victoriei» ist der Platz leer, denn mit dem König verschwanden auch die Denkmäler und Statuen seiner Ahnen. Hier war es das Reiterstandbild des Begründers der Dynastie, Carol I., dort wieder hat man dem «Boulevard Regina Elisabetha» einen prosaischen Namen gegeben, in einem anderen Fall wieder hat das Denkmal des langjährigen rumänischen Ministerpräsidenten Ion Bratianu daran glauben müssen. Die vielen Änderungen im Straßenverzeichnis haben natürlich zu einem großen Wirrwarr geführt und auch heute kommt man ohne einen Straßenführer, in welchem beide Namen verzeichnet sind, nicht durch.

Seitdem am 31. Dezember 1947 die Republik ausgerufen wurde, hat sich der kommunistische Einfluß wesentlich verstärkt. Zwar steht an der Spitze des Staates kein Kommunist, sondern ein viergliedriges Direktorium unter der Führung von Prof. Constantin Parhon, dem früheren Präsidenten der Rumänisch-Sowjetischen Gesellschaft, und auch der Ministerpräsident Petre Groza gehört nicht der kommunistischen Arbeiterpartei an; aber diese Personen sind in Wirklichkeit nur Schattenfiguren, die lediglich die Aufgabe haben, den Staat vor dem westlichen Ausland zu repräsentieren. Die eigentlichen Herren des Landes sind die Kommunisten, mit Georgiu-Dej, Ana Pauker, Vasile Luca, Teohari Georgescu und Emil Bodnaros an der Spitze. Die Minister der anderen, nichtkommunistischen Regierungsparteien wurden nach und nach ersetzt — so die beiden stellvertretenden Ministerpräsidenten Prof. Savulescu (Bauernfront) und Stefan Voitec (früher Sozialistische Partei), um nur die wichtigsten zu nennen.

Das Parlament, in dem zwar die Kommunisten in der Minderheit sind, steht dennoch gänzlich in ihrer Hand. Es spielt übrigens in einer Volksdemokratie, wie es Rumänien ist, nur eine untergeordnete Rolle. Von den 414 Abgeordneten gehören nur 15 der Opposition an: acht davon sind Unabhängige, sieben Mitglieder der einst Rumänien beherrschenden Liberalen Partei, die zuletzt auch das Schicksal der übrigen Oppositionsgruppen geteilt hat, wenn man sie auch zum Dank für ihre Regierungsteilnahme und zu optischen Zwecken nominell hat bestehen lassen.

Hat man sich in Bukarest etwas umgesehen, so muß man feststellen, daß die großen Veränderungen, die Rumänien erlebt hat, auf Schritt und Tritt zu bemerken sind. Schon ein Gang etwa durch die «Strada Lipsani», die sogar noch ihren Namen behalten hat, zeigt eine Vielzahl von geschlossenen Geschäften:

Die Verstaatlichung der Wirtschaft

hat nämlich auch vor ihnen nicht halt gemacht. Teils haben es die Geschäftsleute aufgegeben, gegen die Konkurrenz der allein import- und exportberechtigten Staatsgeschäfte weiter anzukämpfen, teils haben sie eines Morgens ihr Geschäft einfach versiegelt vorgefunden. Nicht wenige der früheren Kaufleute sind jetzt in ihren verstaatlichten Geschäften als Verkäufer tätig, was aber ein Glücksfall ist, denn es kam natürlich auch vor, daß die nun mittellosen Inhaber einfach auf die Straße geworfen wurden. Das heißt, daß sie auch keine Lebensmittel-, Textil- und andere Karten bekommen. In den Staatsgeschäften sind natürlich alle Waren auch frei zu haben — aber sie kosten Summen, die sich nicht jeder leisten kann. Was tun also jene, die nicht als Handlanger auf einen Bau gehen wollen? Sie verkaufen ihre Habseligkeiten, so lange sie welche besitzen und leben davon. Daß es viele Menschen sind, die durch den kommunistischen Staat um ihre Existenz gebracht wurden — das beweist die Rubrik «Verkäufe» in den Zeitungen. Wer Geld hat, kann für

lächerliche Summen den prächtigen Schmuck alter Bojarernfamilien erwerben, dazu Stilmöbel, kostbare Teppiche und wertvolle Kunstgegenstände. Dieser Ausverkauf des gestürzten Bürgertums ist die letzte Phase in der Umbildung Rumäniens zum kommunistischen Staat.

Nichtsdestoweniger hat auch die Volksdemokratie mit dem auf eine mehr beschauliche Lebensweise gerichteten Charakter des rumänischen Volkes seine Schwierigkeiten. Um die Wirtschaftspläne des Staates zu erfüllen, wurde daher das System der Arbeitswettbewerbe auch von Rumänien übernommen. Anlässe sind immer vorhanden. Im September war es der «Tag der Scanteia» (das Zentralorgan der kommunistischen Arbeiterpartei), im Oktober die Feier der russischen Oktoberrevolution und schließlich im Dezember der 70. Geburtstag Stalins. Schon Wochen vorher konnte man in den ganz auf diesen Festtag abgestellten Zeitungen devote Resolutionen lesen, wie sie sonst nicht einmal gegenüber dem König abgegeben wurden.

«Um ihre tiefe Liebe zum großen Lehrer der Menschheit und Führer der Friedensfront, Josef Wissarionowtsch Stalin, zu bekunden, haben die Arbeiter, Techniker und Angestellten der Aronstädter Betriebe nach den schönen Erfolgen des 7. November die Arbeit mit erhöhtem Elan wieder aufgenommen, um den 70. Geburtstag Josef W. Stalins mit besonderen Leistungen und neuen Arbeitssiegen zu ehren». So stand es wörtlich in einer deutschsprachigen Zeitung Rumäniens zu lesen und meist wurde auch der Text solcher Resolutionen noch mit der genauen Verpflichtung der Arbeitsleistung versehen. All' diese Wettbewerbe sollen eine ständige Anspannung der Arbeiter hervorrufen, die außerdem durch die Gewährung von Prämien zu besonderen Leistungen angeregt werden sollen. Nach einer gewissen Zeit werden dann zweifellos die allgemeinen «Arbeitsnormen» erhöht werden und wer nicht mitkam, ist eben ein «Saboteur», mit dem man in den Volksdemokratien nicht viel Federlesens macht. Schon heute ist es nämlich so, daß die Monatspläne bisweilen nicht erfüllt werden, obwohl sie nicht sehr hoch angesetzt sind. Auch bei der Bezahlung von Leistungsprämien an die Arbeiter haben sich zahlreiche Mißstände ergeben, nachdem manche Betriebe diese Prämien als eine Art Gehaltszuschlag betrachteten — unabhängig davon, ob auch wirklich Produktionserfolge erzielt wurden.

Nicht nur in der Industrie, auch

in der Landwirtschaft

geht nicht alles so, wie es die Regierung gern möchte. Freilich, ein ähnlicher katastrophaler Engpaß in der Versorgung des Landes, wie er im Winter 1947/48 eintrat, ist nicht wieder entstanden; dazu wäre ja auch kein Anlaß vorhanden, denn Rumänien ist ein gesegnetes Land, das früher beträchtliche Mengen an landwirtschaftlichen Produkten ausführte und die Mißernten sind selten. Der in diesem Sommer überraschend eingetretene Heuschreckeneinfall im Donaudelta wurde mit Hilfe sowjetischer Techniker abgewehrt, so daß nur lokale Schäden entstanden.

Langsam aber sicher vollzieht sich aber auch auf dem Lande der Umbau nach kommunistischen Prinzipien. Ein großer Teil der Bodenfläche ist Staatsbesitz geworden, der Rest aber steuert unaufhaltsam der Kollektivisierung zu. Immer wieder tauchen in den rumänischen Zeitungen Meldungen darüber auf, daß da und dort neue Kollektivwirtschaften gegründet wurden. Aber sowohl auf diesen wie bei den Staatsfarmen macht sich das Fehlen moderner Transportmittel stark bemerkbar. Nicht selten sind die Felder acht bis zehn Kilometer von dem Sitz der Leitung entfernt, wodurch für die Durchsetzung der staatlichen Pläne allerhand Schwierigkeiten entstehen.

Natürlich leisten die Bauern dem Staat überall Widerstand, wo er versucht, in ihre Rechte einzutreten. Nur selten dringt etwas darüber in die Öffentlichkeit.

So wurde in den letzten Wochen die Meldung von der empfindlichen Bestrafung einer ganzen Reihe von Bauern eines siebenbürgischen Dorfes verbreitet, weil diese «trotz wiederholter Aufforderung zur Erfüllung ihrer Pflicht» es unterlassen hatten, ihr Milchkontingent abzuliefern. In einem anderen Fall beklagt sich ein «Bauernkorrespondent» darüber, daß die Bauern des Gebietes von Reschitzta im Banat «gegenüber den Anleitungen des Komitees völlige Interesselosigkeit» an den Tag legen. Im übrigen aber hütet man sich auch auf dem Lande, die Wahrheit zu bekennen. Kein Mensch traut dem anderen und man muß schon gute Beziehungen haben, um sich ein Bild über die politische Stimmung der Rumänen machen zu können. Über sie kann man nichts in den Zeitungen lesen, aber es spricht wohl für die wahre Einstellung des Volkes, wenn man hört, daß die Dachorganisation der Regierungsparteien, «National-Demokratische Front», im Volksmund nicht anders als «Eara Neam Dumnezu» (Ohne Gott noch Vaterland) bezeichnet wird.

Brief aus Paris

Frankreich hat, nach zwei Regierungen von verhältnismäßig langer Lebensdauer, eine Regierung, der man im allgemeinen nur ein kurzes Leben voraussagt. Schon ihre Geburt stand unter einem ungünstigen Vorzeichen, war doch die politische «Schwangerschaftsperiode» vom vergangenen Oktober die längste, die Frankreich jemals gekannt hat.

Dem aufmerksamen Beobachter drängt sich eine Gefahr für die Regierung Bidault auf, die für jede kommende Regierung ebenso bestehen wird. Es handelt sich dabei um die

Neuregelung der Beziehungen zu Deutschland,

viel mehr um eine neue Politik, die sich Frankreich Deutschland gegenüber zu rechtmüssen muß. Und diesbezüglich ist die Regierung selber uneinig, denn Schumann, der für die Außenpolitik verantwortlich ist, zeigt mehr Aufgeschlossenheit als Bidault, der nicht vergessen kann, daß er seine politische Karriere seinem heldenhaften Verhalten während der Widerstandszeit verdankt. Selbst wenn es aber Schuman gelingen sollte, seinen Regierungschef für die außenpolitische Linie zu gewinnen, die Frankreich einschlagen muß, wenn es die Fühlung mit England und mit den Vereinigten Staaten nicht verlieren will, bliebe noch die fast unlösbare Frage, wie man die französische öffentliche Meinung dafür gewinnen kann, von der «traditionellen» Ablehnung gegenüber Deutschland abzurücken und sich einer west-europäischen Politik zu verschreiben. Die überwiegende Mehrheit der Nation billigt wohl die Politik des Atlantik-Paktes, aber sie will die sich hieraus ergebenden Folgen nicht ziehen. Ob Deutschland eine beschränkte und streng kontrollierte Wiederaufrüstung gestattet werden soll oder nicht, steht heute gar nicht im Vordergrunde der Beratungen (jedenfalls wird sie auch von London schroff abgelehnt, wogegen man deutlich sieht, daß Amerika für diese Entwicklung Stellung nimmt, bloß mit der Sprache noch nicht herausrücken will), aber bestimmt wird Frankreich bei gemeinsamen Plänen mittun müssen, um die Verteidigung Deutschlands gegen die Gefahr aus dem Osten zu organisieren — und das wird manchem Franzosen als ein absonderlicher Wandel nach Sedan, Verdun und Dünkirchen vorkommen. Und ebenso sicher wird Frankreich zustimmen müssen, daß den Deutschen gestattet wird, ihr Leben zu verdienen und den Wiederaufbau ihres Landes vorzunehmen, was sie

mit einer jährlichen Erzeugung von 11 Millionen Tonnen Stahl nicht gut durchführen könnten.

Keine der drei Regierungsparteien wird sich leichten Herzens entschließen, die Koalition heute zu sprengen, und dies aus mehreren Gründen. Einmal weil die darauffolgende Regierungskrise möglicherweise zu einer

Krise des Regimes

ausarten würde, jedenfalls aber nur nach langwierigen Verhandlungen zu lösen wäre und dann in die gleiche Lage münden müßte, von welcher man loszukommen suchte; zweitens aber würde jede der drei Koalitionsparteien zögern, eine Krise dieser Art auszulösen, weil weder der Atlantik-Pakt, noch der Marshallplan in ruhigen Gewässern fahren und in Washington oder in London (um von Bonn gar nicht zu sprechen), wann immer eine Initiative auftauchen kann, gegen die Paris sofort und energisch reagieren müßte. Hiezu aber benötigt es eine Regierung, der die Verhandlungspartner einige Lebensdauer zumuten können. Gewiß gab es in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Fälle, wo internationale Verhandlungen eine kurze Unterbrechung erfahren mußten, weil in Paris die Regierung gestürzt worden war, aber zu jenen Zeiten war Frankreich eine Weltmacht oder — in der Zwischenkriegszeit — zumindest eine führende europäische Macht. Heute aber wissen alle Franzosen, mit der einzigen Ausnahme des Generals de Gaulle, daß Frankreich im internationalen Leben nicht so viel gilt, wie stark es einst war, sondern wie stark es heute ist. Die internationale Entwicklung könnte also diesmal neben einem innerpolitisch aktionsunfähigen Frankreich vorbeigehen und ein «fait accompli» schaffen, das die verspätet gebildete Regierung nicht mehr rückgängig machen könnte. So schwerwiegende Folgen wird nun niemand im Lager der Radikalen hervorrufen wollen, um ein Defizit von 20 Milliarden Francs bei einem Gesamtbudget von 2,3 Billionen «so und nicht anders» aus der Welt zu schaffen; und ebenso wenig scheinen die Sozialisten bereit zu sein, ihren eigenen Worten nachzuleben und die Regierung zu Fall zu bringen, weil die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit im Gesetzvorschlag über die Kollektivverträge das verfassungsmäßige Streikrecht der Arbeiterschaft immerhin einengt.

All' dies bildet aber nur eine Kruste über einer ständig eiternden Wunde des französischen öffentlichen Lebens. Das Zentralproblem hat ein amerikanischer Journalist treffend mit den Worten bezeichnet, daß in Frankreich der Staat andauernd in seinem Bestand bedroht ist, weil an die 42 Millionen Verschwörer nach seinem Leben trachten — das sind

die Steuerzahler,

die ihm nicht die Mittel geben wollen, um seinen Pflichten nachzukommen. Die Diagnose ist richtig, bloß verallgemeinert sie das Übel etwas zu stark: denn zweifelsohne ist der Lebensstandard der Lohnempfänger so niedrig, daß sie keine weiteren Steuerlasten auf sich nehmen können, ohne einen Ausgleich bei den Löhnen zu verlangen. Solange aber rund die Hälfte der Bevölkerung — die Landwirte — in der Ansicht verharren, daß ihnen zwei Vorrechte zustehen: nämlich unter allen Umständen ein Anrecht auf Bereicherungen zu haben, keinesfalls aber durch Steurausschreibungen dazu gebracht werden dürfen, ihre Produkte billiger zu verkaufen, wird in Frankreich weder der Fiskus noch der städtische Bewohner eine geregelte Existenz haben. Die äußeren Erscheinungsformen der politischen Krisen mögen sich ändern, aber die Ursachen sind stets die gleichen, und solange man diese nicht abschafft, wird es in Frankreich keine innerpolitische Stabilität geben. Das klingt wie ein Ruf in die parlamentarische Wüste — er wird verhallen wie so mancher vor ihm und es wird noch lange dauern, bis sich in Frankreich hier etwas ändern

wird. Bidault mag die zwei Tagesprobleme meistern, ein Budget unter Dach bringen und die Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgebern zufriedenstellend regeln, dennoch wird seine Regierung eine schwache Regierung bleiben, nicht weil sie ihre Aufgaben nicht klar sieht, sondern weil die französische Innerpolitik heute unfähig ist, eine starke Regierungsformation hervorzubringen.

Militärische Umschau

Die Armee der Vereinigten Staaten

Bei hohen amerikanischen Stellen eingeholte Informationen ergeben folgendes Bild:

Mitte der Dreißigerjahre zählte die amerikanische Armee etwas mehr als 125 000 Mann. Während des zweiten Weltkrieges dienten über acht Millionen Männer und Frauen in der Armee, 90 Divisionen waren durchorganisiert. Die neuesten Zahlen ergeben, daß augenblicklich rund 658 000 Mann im Aktivdienst stehen; die Armee umfaßt zehn aktivierte Divisionen. Dies bedeutet eine einschneidende Herabsetzung der Bestände gegenüber dem Höchststand der Kriegszeit. Immerhin ist die jetzige Armee zahlenmäßig noch immer größer als je bisher in Friedenszeiten.

Nach Schluß des letzten Krieges mußte die amerikanische Armee, gleich wie die britische, eine äußerst rasche Demobilisation über sich ergehen lassen. Die Zweckmäßigkeit dieses Vorgehens ist von vielen Leuten stark bezweifelt worden und viele der gegenwärtigen internationalen Schwierigkeiten werden von Kritikern der übereilten Reduktion der alliierten Streitkräfte unmittelbar nach dem japanischen Zusammenbruch zugeschrieben. Die öffentliche Meinung und daraus resultierende politische Überlegungen erzwangen tatsächlich eine rasche Demobilisation der größten und besten Streitmacht, die Amerika jemals aufgestellt hatte.

Das Durcheinander und die Schwäche, die diese Demobilisation mit sich brachte, wurden noch verschlimmert durch die kurz nach Kriegsende durchgeföhrte Reorganisation der amerikanischen Streitkräfte, deren Aufbau von Grund auf neu gestaltet wurde. Die Luftwaffe wurde von der Armee abgetrennt und ist nun eine halbselbständige Einheit innerhalb eines «vereinheitlichten» Verteidigungsdepartments, das Armee, Luftwaffe und die gesamte Flotte umfaßt. Dies alles verlangte von der Armee die Erfüllung verschiedener Aufgaben zu gleicher Zeit: Erledigung der ihr gewohnheitsmäßig zustehenden Aufgaben, zu denen die ausgedehnte Besetzung Europas und des Fernen Ostens gehört, bei gleichzeitiger rascher Demobilisierung; Neuorientierung als Glied des dreiteiligen Verteidigungsteams; Inangriffnahme der langwierigen Aufgabe des Wiederaufbaus für die Zukunft. So kam es, daß für die Armee die drei ersten Nachkriegsjahre sehr schwer waren.

Um die Armee und ihre Entwicklungsrichtung zu verstehen, muß man die Stellung der *Erdtruppen* richtig einschätzen, wie sie der vom Rat der Stabschefs als Leitidee befolgten Grundkonzeption entspricht. Die amerikanische Strategie verkennt keineswegs die ausschlaggebende Bedeutung der Erdtruppen, obwohl sie der Wirksamkeit der Luftatombombenkriegsführung beträchtliches Gewicht beimißt. *General Omar Bradley*, bis vor kurzem Generalstabschef der Armee und jetzt Vorsitzender des Rates der Stabschefs, hat dieser Tatsache wiederholt Ausdruck verliehen. In seinen Reden und bei seinem häufigen Erscheinen in parlamentarischen Komitees hat er immer wieder betont, tüchtige Erdtruppen seien eine Voraussetzung für einen Sieg in einem zukünftigen Konflikte. *General Marshalls* Schlußrapport

als Stabschef weist gleichfalls auf diese Tatsache hin¹⁾). Nach amerikanischer Auffassung handelt es sich hier um ein Dokument, das jeder lesen sollte, der sich mit militärischen Belangen befaßt.

Im Kriegsfall würden amerikanische Erdtruppen benötigt, um überseeische Stützpunkte zu besetzen und die Sicherheit jener Stützpunkte zu gewährleisten, die bereits in amerikanischer Hand sind. Man darf auch annehmen, daß solche Truppen so rasch als möglich auf dem europäischen Kontinent eingesetzt würden. Ebenso würde man sie in Japan, Alaska und an anderen strategischen Punkten der Welt benötigen. Da alle diese Bewegungen rasch vor sich gehen müßten, legt man mit Recht besonderes Gewicht auf maximal bewegliche Einheiten. Die U.S.A. hoffen, daß ihre Freunde in Europa sowohl ihre militärische, als auch ihre wirtschaftliche Stärke bald wieder erlangen werden. Entsprechende Maßnahmen sind durch den Marshallplan und das Programm zur gegenseitigen Hilfeleistung durch Waffenlieferungen getroffen worden. Aber ihre militärischen Führer verschließen die Augen keineswegs vor der Tatsache, daß im Falle eines Krieges wiederum gewaltige Massen amerikanischer Truppen benötigt würden.

In seinem Schlußrapport vom Februar 1948 sagte *General Eisenhower*:

«... Am Tage M eines neuen Krieges gegen eine Großmacht werden wir eine minimale Armee von 1 300 000 Mann benötigen, die voll organisiert, ausgebildet und ausgerüstet ist, so daß sie jene Stützpunkte und Gebiete halten kann, von denen sowohl die Verteidigung Amerikas als auch die Vorbereitungen für eine Gegenoffensive abhängen».

Der gegenwärtige Stand der Armee, die Verteilung ihrer Streitkräfte und die Aussichten für die Zukunft

Von den bereits genannten 658 000 Mann befinden sich etwa 100 000 in Europa (Deutschland, Österreich, Triest); 150 000 im Fernen Osten, meist in Japan; schwächere Kräfte liegen als Garnisonen in Alaska und im Gebiet des karibischen Meeres; der Rest leistet Dienst in den Vereinigten Staaten selbst.

Die zehn vollorganisierten Divisionen sind folgendermaßen verteilt: die erste Infanterie-Division in Deutschland, die siebente, vierundzwanzigste und fünfundzwanzigste im Fernen Osten, woselbst auch die erste Kavallerie-Division liegt. Letztere wird gegenwärtig zu einer Infanterie-Truppe umorganisiert. Die zweite und dritte Infanterie-Division, die zweite Panzerdivision und die elfte und zweizwanzigste auf dem Luftweg transportierbare Division befinden sich in den Vereinigten Staaten. Es wird jetzt eine neue Panzerdivision gebildet.

Von größter Wichtigkeit ist auch die augenblicklich einen Bestand von 400 000 Mann aufweisende Nationalgarde. Diese aus Zivilisten bestehende Organisation, die aber tatsächlich in Einheiten zusammengefaßt sind und eine regelmäßige Ausbildung genießen, wird als Truppe für den Einsatz am Tage M betrachtet. Sie könnte mit größter Eile mobilisiert werden und würde zusammen mit der regulären Armee nahezu an den Bestand von 1 300 000 Mann heranreichen, den *Eisenhower* als Minimum bezeichnete. Die Truppen der Nationalgarde sind Kampftruppen; aus ihnen kann man mehr als 25 Infanterie-Divisionen, zwei Panzerdivisionen und verschiedene Kampfeinheiten von Regimentstärke bilden.

Auch die Reservestreitkräfte der Armee sind von Bedeutung. Sie belaufen sich auf etwas über 700 000 Offiziere und Mannschaften. Sie sind zwar weniger gut ausgebildet als die Nationalgarde und könnten am Tage M nicht zum Einsatz gelangen; es sind durchwegs Veteranen des zweiten Weltkrieges, weshalb ihre Ver-

¹⁾ General Marshall: *The Winning of the War in Europe and the Pacific*, published by Simon and Schuster, New York.

wendbarkeit mit jedem Jahr abnimmt. Es werden jedoch Versuche unternommen, die Reserven neu zu «beleben» und sie für eine wichtige Rolle vorzubereiten, sofern dies nötig werden sollte.

Normalerweise werden die Mannschaftsbestände der Armee und der Nationalgarde durch freiwillige Rekrutierungen aufgefüllt. Das Gesetz über die Zwangsrekrutierung ist zwar immer noch in Kraft, aber seit beinahe einem Jahr hat die Armee keine Rekruten mehr ausgehoben. Die Nützlichkeit dieses Gesetzes liegt darin, die jungen Leute anzuspornen, sich freiwillig zu stellen. Mitte 1950 wird das Gesetz außer Kraft treten. Seine Erneuerung durch den Kongress ist höchst unwahrscheinlich, obwohl die Armee sie voraussichtlich verlangen wird, nachdem auch eine besondere Kommission des Präsidenten sich in diesem Sinne geäußert hat.

Nach Lösung der ernsten Nachkriegsprobleme hat sich die Armee nunmehr wieder gefunden und die Moral der Truppen gilt als vorzüglich. Es rechtfertigt sich, einige Feststellungen des gegenwärtigen Stabschefs der Armee, *General J. Lawton Collins*, zu zitieren, die er vor einem Kongresskomitee am 20. Oktober 1949 gemacht hat. Er sagte:

«Was den Bereitschaftsgrad der Truppen der Landarmee betrifft, darf ich Sie daran erinnern, daß wir im Kriegsfall zu allererst mit dem Einsatz und den Verlusten dieser Truppen zu rechnen hätten, genau so wie zu Beginn des zweiten Weltkrieges auf den Philippinen. Wir haben in Europa Truppen in drei verschiedenen Gebieten, die unmittelbar nach Kriegsausbruch zum Einsatz gelangen würden, nämlich in Deutschland, in Österreich und in Triest. Ich habe diese Truppen in den letzten paar Monaten inspiert und ich garantiere dafür, daß sie einsatzbereit sind. Was den Bereitschaftsgrad der Truppen zu Hause anbetrifft, sind wir, dank der Klugheit des Kongresses, im Stande gewesen, wieder eine schlagkräftige, bewegliche Streitmacht aufzustellen, bestehend aus zwei auf dem Luftweg transportierbaren Divisionen, zwei Infanterie-Divisionen und einer Panzerdivision. Obwohl es der Wahrheit entspricht, daß nicht alle ihre volle Stärke aufweisen, darf ich bezeugen, daß ich vor zwei Wochen einer Vorführung für den Präsidenten bei Fort Bragg beigewohnt habe, und ich garantiere Ihnen, daß die 82. lufttransportierte Division bereit ist, irgendwo zu kämpfen und zu jeder Zeit, sogar in diesem Moment».

In seinen weiteren Feststellungen deutete der General an, daß alle Armeestreitkräfte innerhalb weniger Monate bereit sein würden. Die gemachten Fortschritte gelten in jeder Beziehung als befriedigend und dem allgemeinen Sicherheitsgrad entsprechend.

Das Material

Die Lage gilt hier als gut. Aus diesem Grunde sind die U.S.A. imstande gewesen, sogleich mit den Waffenlieferungen nach den anderen Staaten des Atlantikpaktes zu beginnen. Die vom letzten Krieg übriggebliebenen Materiallager sind sehr ungleich, aber im allgemeinen von hoher Qualität; Munition ist besonders reichlich vorhanden. Die Qualität der Ausrüstung gilt als erstklassig. Sachverständige bezeichnen die amerikanische Artillerie als die beste der Welt und die Pläne für neue Tanks sollen Typen versprechen, die kaum von einer anderen Macht der Welt übertroffen werden könnten. Als äußerst wichtig wird die bewiesene Fähigkeit der Industrie angesehen, Wunder der Schnelligkeit der industriellen Waffenproduktion zu erzielen.

Auch die Entwicklung neuer Bodenwaffen macht rasche Fortschritte. Die Anstrengungen der Armee, der Marine und der Luftwaffe sind in Einklang gebracht

worden, um jede Doppelspurigkeit nach Möglichkeit auszuschalten und die größtmögliche Auswertung wissenschaftlicher Erfindungskraft sicherzustellen.

Mit Ausnahme der Erkundungsgeschwader, die zu der ihr zugeteilten Artillerie gehören, verläßt sich die Armee nun völlig auf die Luftwaffe als ihre taktische Luftmacht. Es besteht kein Grund zur Annahme, daß diese Zusammenarbeit hier weniger wirksam sein würde als im letzten Krieg. Vor nicht langer Zeit kam eine Vereinbarung zwischen Armee und Luftwaffe zustande, die auf eine Stärkung dieser Art der Fliegerei hinauslief.

Operationen

Die Armee legt größtes Gewicht auf Operationen, die von Luftlandetruppen ausgeführt werden. Vor kurzem erklärte *Collins* in einer Rede, daß nach seiner Meinung in einem zukünftigen Krieg großangelegte Amphibienoperationen wie in Nordafrika und in der Normandie im Verlauf des letzten Krieges nicht mehr denkbar seien, und *Bradley* führte neulich vor einem Kongreßkomitee aus: «Ich wage auch vorauszusagen, daß großangelegte Amphibienoperationen . . . nie wieder durchgeführt werden können». Die dieser Aussage zugrunde liegende Überlegung geht dahin, daß die Atomkriegsführung Vorbereitung und Ausführung einer solchen Operation verunmöglichen würde. Immerhin unterstreicht *Collins* die wachsende Bedeutung der Truppentransporte mittels Flugzeugen. Bereits ist diese Wissenschaft von der Armee mächtig gefördert worden, natürlich im Zusammenhang mit der Luftwaffe. Neue Überraschungen stehen noch bevor. Immer mehr Ausrüstungsgegenstände, einschließlich Fahrzeuge und Artillerie, sollen nach den neuesten Plänen durch die Luft befördert werden. Der Tag soll kommen, an dem ein großer Teil der Erdtruppen mit ihrer Ausrüstung im Flugzeug transportiert wird.

Die Morgendämmerung des Atomzeitalters hat die amerikanische Armee keineswegs als veraltet und nutzlos erscheinen lassen. Wie bereits festgestellt wurde, sind die heutigen Führer überzeugt, daß den Erdtruppen größte Bedeutung zu kommt. *Bradley* sagte: «Letzten Endes werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln den Krieg auf das Gebiet des Feindes zurückführen müssen. Ich bin überzeugt, daß dieses Verlangen sowohl strategische Luftbombardierungen als auch großangelegte Landoperationen in sich schließt» und ferner: «Wir sind uns klar darüber, daß, wenn wir jemals angegriffen werden, unsere Pläne das zähe Festhalten an unseren Grenzen in Europa und die schließliche Besiegung der Landarmee des Angreifers bezoeken müssen». Diese erst vor einigen Wochen in einem Kongreßkomitee gemachten Bemerkungen unterstreichen die den Erdtruppen beigemessene Bedeutung.

Budgetfragen

Obwohl sich die Lage allmählich klärt, steht die Armee immer noch ernsten Problemen gegenüber. Das Verteidigungsbudget wird für das Fiskaljahr 1951 ein wenig geschränkt, mit der Begründung, die Hilfe für Europa werde verstärkt. Gerade deshalb wird die Armee gezwungenermaßen lernen, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln möglichst viel zu erzielen. Eine kürzlich erfolgte gesetzliche Neuregelung der Soldverhältnisse im Sinne einer schon lange fälligen Erhöhung hat viel zur Verbesserung der Haltung der Truppe und der Sicherstellung eines hochqualifizierten Offizierskorps beigetragen. Bessere Wohnverhältnisse sind auf vielen Posten dringend nötig, besonders in Alaska, und es werden jetzt die hierzu benötigten Mittel zur Verfügung gestellt. Man möchte gerne größere Mengen neu entworfener Ausrüstungsgegenstände kaufen können, aber das ist augenblicklich kaum möglich. Die militärischen Führer müssen sich vorläufig mit vielversprechenden Modellen zufrieden geben.

Die Armeeoffiziersschulen

Die Heeresleitung ist der Ansicht, daß ihr System der Armeeoffizierschulen jedem anderen ebenbürtig sei. Der Ausbildungsplan wird fortwährend verbessert. Die Ausbildung der jüngeren Offiziere und die Tatsache, daß viele höhere Führer, die während des Krieges aktiv waren, in der Armee geblieben sind, sichern das Weiterbestehen einer guten und allem Neuen zugänglichen Armeeleitung. *Collins*, ein hervorragender Führer im Krieg, ist verhältnismäßig jung und fortschrittlich gesinnt. Obwohl eine Reihe der tüchtigsten Führer des letzten Krieges jetzt im Ruhestand lebt, glaubt die Armeeleitung auf der Höhe ihrer Aufgabe zu bleiben, weil die nachrückenden Offiziere im allgemeinen als Persönlichkeiten mit ausgezeichneten Fähigkeiten angesehen werden.

Ausblick

Die Armee der Vereinigten Staaten ist heute viel leistungsfähiger als vor zwei Jahren. Wie uns berichtet wird, sieht sie der Zukunft mit Vertrauen entgegen, — Vertrauen zu sich selbst und zu ihrer Stellung innerhalb des Gesamtplanes. Sie wird als eine Macht angesehen, mit der ein Feind auf das ernsthafteste rechnen muß, sofern es wirklich wieder einmal zum Kriege kommen sollte.

Miles

«Soldatentum und Militarismus verhalten sich wie Licht und Schatten. Militarismus ist ein politischer Begriff, der den nachteiligen Einfluß einer entarteten soldatischen Geisteshaltung auf das Gesamtleben eines Volkes zum Ausdruck bringt. Der Militarismus ist mit der Wahrung berechtigter Interessen der Wehrhaftmachung eines Volkes und seiner Landesverteidigung nicht zu verwechseln, er ist eine ungesunde Abart militärischer Denkweise und Lebensäußerung und stellt ein unberechtigtes Übergreifen auf die Gebiete der Politik, der Kultur und der Wirtschaft dar. Er hat mit dem Beruf des Soldaten an sich nichts zu tun».

Friedrich Hoßbach